

0035 / 12. Januar 2010
Pressemitteilung von Kirsten Tackmann

Schädlingskontrolle ohne Gentech-Pflanzen

„Der zunehmende Maisanbau in Monokultur fördert die Ausbreitung von Maisschädlingen. Dies ruft die Lobby der Gentech-Pflanzen auf den Plan, welche so ihre Wunderwaffen verkaufen wollen. Diesen Irrweg müssen wir im Interesse einer konzernunabhängigen Landwirtschaft beenden“, kommentiert Kirsten Tackmann die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage 17/305 zur „Verbreitung und Kontrolle von Schadinsekten mit und ohne Agro-Gentechnik.“ Die agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Die Biogasanlagen wachsen wie Pilze aus dem Boden. Das ist energie- und Klimaschutzpolitisch gut, hat aber auch Nachteile: Maismonokulturen, Schädlingsbefall und schließlich die Propagierung von Gentech-Pflanzen. Doch die Risiken der Gentech-Pflanzen sind nicht beherrschbar. Sie sind ein teurer und bleiben ein gefährlicher Irrweg. Deshalb fordere ich von der Bundesregierung eine Informationskampagne zu gentechnikfreien Bekämpfungsmethoden. Der Anbau von Mais nach Mais gehört auch in Deutschland, wie in Ungarn längst praktiziert, verboten.

Die Antwort der Bundesregierung ergab, dass in den vergangenen Jahren die Maisanbaufläche kontinuierlich gestiegen ist. Im Jahr 2005 waren es 1,7 Millionen Hektar, 2007 bereits 1,8 Millionen Hektar und in 2009 wurden 2,1 Millionen Hektar mit Mais bestellt. In acht Landkreisen wurde im Jahr 2008 auf mehr als 30 Prozent der Äcker Mais angebaut. Gleichzeitig werden präventive mechanische Kontrollmethoden gegen Maisschädlinge aus kurzfristigen Kostenabwägungen immer seltener durchgeführt. Kein Wunder dass die Maisschädlinge Zünsler und Wurzelbohrer ideale Verbreitungsbedingungen vorfinden. Das gefährdet den Maisanbau und spielt der Gentech-Lobby in die Hände. Mit einem selbstgeschaffenen, überhöhten Bedrohungsszenario glaubt sie, ihre transgenen Wunderpflanzen besser vermarkten zu können. Und das auf Kosten der gentechnikfreier Landwirtschaft, der Imkerei und letztlich der gesamten Gesellschaft.“

F.d.R. Beate Figgener